

DKFM. FERDINAND LACINA  
BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

II-9434 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Z. 11 0502/244-Pr.2/89

Wien, 14. Dezember 1989

An den  
Herrn Präsidenten  
des Nationalrates

4325 IAB  
1989 -12- 15  
zu 4397/J

Parlament  
W i e n

1017

Auf die schriftliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Felix Ermacora und Genossen vom 19. Oktober 1989, Nr. 4397/J, betreffend Ausführungen des Finanzministers über das Verteidigungsbudget in seiner Budgetrede vom 17. Oktober 1989, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1.:

In einigen osteuropäischen Staaten ist ein Reformprozeß mit tiefgreifender Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft im Gange. Diese Veränderungen sind eine historische Chance für die Völker Osteuropas. Aber auch für Österreich ist das eine neue Situation, fallen doch künstliche Schranken für menschliches Zusammenleben und wirtschaftliche Kooperation. Diese wichtige Entwicklung hin zu einem friedlichen Europa wird begleitet vom verstärkten Bemühen von Ost und West um substantielle Abrüstung. Österreich ist hier in besonderem Maße aufgerufen, diesen Prozeß zu unterstützen. Und konkrete Taten erhöhen die Glaubwürdigkeit der politischen Willenskundgebung. In diesem Sinne ist die Formulierung in meiner Budgetrede zu verstehen.

Zu 2.:

Ja

- 2 -

Zu 3.:

Jene Finanzmittel, die im Budget des Bundesministeriums für Landesverteidigung ausgewiesen sind, wie auch Bundesminister Dr. Robert Lichal in den "Vorarlberger Nachrichten" vom 31. Oktober 1989 festhält: "Das Budget versetzt uns in die Lage, die Heeresgliederung 1987 und den Landesverteidigungsplan erfüllen zu können."

Zu 4.:

Als gültig ist allein das gesprochene Wort in der Budgetrede anzusehen. Mit dem Bundesminister für Landesverteidigung habe ich die sein Ressort betreffende Passage vor der Sitzung des Nationalrates im einzelnen besprochen. Aus der Natur der Sache ergibt sich, daß die Budgetrede aus dem Blickwinkel des Bundesministers für Finanzen die Regierungspolitik beleuchtet und nicht einer Erklärung des Bundesministers für Landesverteidigung vor dem Nationalrat gleichzuhalten ist.

